

Niederschrift

über die Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 29.01.2019, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Sachstands- und Verfahrensbericht zum städtischen Wirtschaftswegekonzept
Vorlage: 1452/2019
2. Vorstellung und Beratung der Planungen zum Neubau einer Turnhalle auf dem Grundstück der GGS Gillrath
Vorlage: 1468/2019
3. Antrag des Vereins Rhenania Immendorf auf Errichtung eines Sportheimes auf dem Vereinsgrundstück in Immendorf
Vorlage: 1469/2019
4. Antrag der Stadtratsfraktion Bürgerliste vom 27.11.2018 zum Thema "Verkehrssituation im Bereich der Herzog-Wilhelm-Straße"
Vorlage: 1439/2018
5. Beratung und Entscheidung über das Einvernehmen einer Erweiterung der Abgrabung in Geilenkirchen-Beeck
Vorlage: 1449/2018
6. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Hans-Josef Paulus

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Kirsten vom Scheidt

Mitglieder

3. Hans-Jürgen Benden
4. Karl-Peter Conrads
5. Theresia Hensen
6. Gabriele Kals-Deußen
7. Barbara Slupik
8. Raimund Tartler
9. Harald Volles

Stellvertretendes Mitglied

10. Marko Banzet Vertretung für Herrn Christoph Grundmann

11. Helmut Gerads Vertretung für Herrn Johann Graf
12. Leonhard Kuhn Vertretung für Herrn Wilfried Kleinen

Sachkundige/r Bürger/in

13. Daniel Bani-Shoraka
14. Klaus Banzet Vertretung für Frau Cornelia Banzet
15. Hans-Josef Benend
16. Dirk Kochs
17. Gero Ronneberger
18. Ursula Rudzki
19. Holger Sontopski

von der Verwaltung

20. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
21. Georg Heinen
22. Manfred Savoio
23. Bürgermeister Georg Schmitz
24. Stephan Scholz

Protokollführer

25. Manfred Houben

Gäste

26. Ralf Hansen
27. Siegfried Schaffrath
28. Eduard Schwarz

Es fehlten:

29. Cornelia Banzet
30. Johann Graf
31. Christoph Grundmann
32. Wilfried Kleinen

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte die Gäste und Vertreter der Presse, die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung zur 28. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift der 27. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses vom 27.11.2018 wurden keine Einwendungen vorgetragen. Auf Vortrag des Ausschussvorsitzenden wurde die Tagesordnung um den Punkt 7.3 einvernehmlich ergänzt.

**TOP 1 Sachstands- und Verfahrensbericht zum städtischen Wirtschaftswegekonzzept
Vorlage: 1452/2019**

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte Herrn Eduard Schwarz von der Gesellschaft für kommunale Infrastruktur (Ge-Komm) und bat um Vorstellung des Sachstandes zum Wirtschaftswegekonzzept.

Anhand der beigefügten Präsentation stellte Herr Schwarz die Vorgehensweise für die Erstellung eines Wirtschaftswegekonzzeptes für die Stadt Geilenkirchen dar.

Ausschussvorsitzender Paulus erklärte, dass der im Vortrag erwähnte Arbeitskreis mit je einem Mitglied aus den Fraktionen besetzt würde.

Stadtverordnete Slupik sagte die Unterstützung für die vorgetragene Vorgehensweise zu.

Stadtverordneter Gerads erkundigte sich nach den ortsverbindenden Wirtschaftswegen. Er wolle wissen, ob eine Kontaktaufnahme zu der entsprechenden Kommune vorgesehen sei.

Herr Schwarz erwiderte, dass eine Kontaktaufnahme und Abstimmung mit der Nachbarkommune vorgesehen sei. Insellösungen seien nicht vorgesehen.

Stadtverordneter Sontopski zeigte sich vom Umfang des Konzeptes überrascht und erkundigte sich nach dem groben Zeitrahmen.

Herr Schwarz erklärte, dass ein Abschluss der Konzeption in diesem Jahr vorgesehen sei.

Stadtverordneter Kuhn fragte nach, ob in diesem Jahr keine Maßnahmen der Wegekommision umgesetzt würden und keine Sanierungen vorgesehen seien.

Herr Savoir erwiderte, dass in diesem Jahr auf jeden Fall Maßnahmen der Schadenbeseitigung und begrenzte Instandsetzungen vorgenommen würden. Umfangreiche Wegebaumaßnahmen sollten dem Konzept vorbehalten werden.

Bürgermeister Schmitz erkundigte sich nach der Gesamtlänge der erfassten Wirtschaftswege.

Herr Schwarz bezifferte die Gesamtlänge der städt. Wege mit 351 km und der Verbandswege mit 26 km.

Stadtverordneter Gerads fragte nach der Fotodokumentation. Er wolle wissen, ob hier nur alle fünfzig Meter eine Aufnahme gefertigt wurde und dadurch schadhafte Stellen nicht zu sehen seien.

Herr Schwarz erläuterte, dass man alle fünfzig Meter eine Aufnahme gemacht habe und zusätzlich die schadhafte Stellen betrachtet wurden.

Sachkundiger Bürger Ronneberger stellte fest, dass die Ge-Komm ja sicherlich bereits für mehrere Kommunen tätig geworden sei und erkundigte sich nach einer Kostenschätzung bzw. Kostenansatz für die Instandsetzung.

Herr Schwarz antwortete, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keine Zahlen nennen könne und dies auch von der Einstufung der Wege abhängig sei.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzeptentwicklung mit der Gesellschaft für kommunale Infrastruktur auf der Grundlage des vorgetragenen Sachstandsberichts fortzuführen und dazu auch einen begleitenden Arbeitskreis zu bilden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 2 Vorstellung und Beratung der Planungen zum Neubau einer Turnhalle auf dem Grundstück der GGS Gillrath
Vorlage: 1468/2019**

Ausschussvorsitzender Paulus stellte Herrn Ralf Hansen vom Planungsbüro Hansen – Hano vor und bat um Vorstellung der Turnhallenplanung.

Herr Hansen stellte die Planung anhand der der Einladung beiliegenden Pläne vor.

Stadtverordnete Slupik bedankte sich für den Vortrag und brachte ihre Freude über den baldigen Baubeginn zum Ausdruck.

Sachkundiger Bürger Sontopski fragte verschiedene Punkte der vorgestellten Planung nach. Darunter die Zuwegung, Parkplätze auf dem Schulhof, eine separate Ölheizung und die große Wandfläche ohne Fenster.

Erster Beigeordneter Brunen erklärte, dass hier eine erste Planung vorgetragen worden sei und es sich nicht um eine abschließende Planung handele. Die angesprochenen Punkte können noch berücksichtigt werden. Man wolle jedoch in naher Zukunft mit dem Projekt starten.

Stadtverordneten Benden bat um Berücksichtigung von Räumen für die OGS. Für diese Betreuung sei Bedarf vorhanden.

Erster Beigeordneter Brunen führte aus, dass man aufgrund der Anmeldezahlen an der Schule Raum schaffen müsse.

Stadtverordneter Gerads begrüßte das Bestreben mit dem Projekt zu beginnen und forderte auf, sich hier der Verwaltung anzuschließen.

Ausschussvorsitzender Paulus gab zu Protokoll, dass die Verwaltung die Nachbearbeitung der Pläne zugesagt habe.

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Entwurfsplanung zum Neubau von einer Turnhalle in Gillrath auf dem Grundstück der GGS Gillrath wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 3 Antrag des Vereins Rhenania Immendorf auf Errichtung eines Sportheimes auf dem Vereinsgrundstück in Immendorf
Vorlage: 1469/2019**

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßt Herrn Siegfried Schaffrath vom gleichnamigen Planungsbüro.

Herr Schaffrath stellte die Planung anhand der in der Einladung beiliegenden Pläne dar. Zusammenfassend sollen 110 m² Nutzfläche entstehen, wobei der Hauptraum bereits 70 m² umfasst. Die Überdachung wird als Pultdach hergestellt und es wird der Anschluss eines Zeltes möglich sein.

Stadtverordneter Benden führte allgemein aus, dass er nichts gegen Vereinsheime oder Bürgerhäuser habe, sprach sich jedoch gegen die Vorgehensweise im Gremium aus. Man solle andere soziale Aspekte betrachten und prüfen ob jeder Ort sein eigenes Vereinsheim oder Bürgerhaus benötige.

Ausschussvorsitzender Paulus sprach die aktuellen Fördermaßnahmen der Landesregierung an, um Alternativen in den Außenorten schaffen zu können. Diese Zuschüsse solle man nutzen.

Die Stadtverordnete Kals-Deußen sehe die Notwendigkeit solcher Einrichtungen in den Dörfern. Die vorgestellte Planung müsse man überdenken und es fehle ein Plan über die Nutzungsmöglichkeiten. Eine Theke und der Ausschank sollten nicht im Vordergrund stehen. Ohne die Vorlage eines Gesamtkonzeptes könne sie dem Projekt so nicht zustimmen. Immendorf erhalte einen neuen Sportplatz, in anderen Dörfern müsse man auch noch investieren.

Stadtverordnete Slupik sprach sich für eine Unterstützung aus. Der Kämmerer habe ein schlüssiges Konzept vorgestellt. In den Vereinen würden auch soziale Projekte, gerade auch für Kinder und Jugendliche durchgeführt und auch der Verein habe ein Finanzierungskonzept vorgelegt.

Stadtverordneter Gerads erklärte nicht die vorgetragene Planung zum Problem, sondern hier solle ein Projekt unterstützt werden, dass von bereits durchgeführten Finanzierungsmaßnahmen in Würm und Gillrath abweiche.

Ausschussvorsitzender Paulus erklärte, dass Dörfer ohne solche Projekte veröden würden und die Finanzierungsmöglichkeiten für solche Einrichtungen habe sich gegenüber früheren Projekten verändert.

Stadtverordneter Gerads sprach von einer möglichen Ungleichbehandlung und man solle bitte das gleiche Finanzierungskonzept vorlegen.

Stadtverordneter Marko Banzet beanstandete, dass der vorgelegte Plan kein Gesamtkonzept enthalte, sondern nur für einen Verein sei und die Finanzierung nicht in Ordnung sei. Immendorf erhalte einen neuen Sportplatz, nun seien andere Plätze dran.

Sachkundiger Bürger Bani-Shoraka trug vor, dass ein Füllhorn von Mitteln in den NRW-Programmen vorhanden sei, welche man beanspruchen solle.

Sachkundige Bürgerin Rudzki fasste die vorher umfangreiche Diskussion zusammen und stellte fest, dass niemand gegen den Bau sei, aber bezüglich der Finanzierungsplanung und des Gesamtkonzeptes noch nachzubessern sei. Sie bat ferner um Vorlage der zu erwartenden Betriebskosten und einen Nachweis über die Spenden in der Finanzierung. Der Bau einer Halle mit Ausschank entferne sich vom Sport.

Sachkundiger Bürger Ronneberger fragte nach den Parkplätzen für die gesamte Anlage. Diese seien in den Plänen nicht ausgewiesen.

Herr Schaffrath antwortete, dass dies nicht Bestandteil seiner vorgelegten Planung sei. Es handele sich hier nicht um eine fertige Genehmigungsplanung, da noch ungeklärte Dinge behandelt werden müssen.

Stadtverordnete Slupik stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt in den Rat zu verweisen ohne eine Empfehlung auszusprechen und in der Ratssitzung das Finanzierungs- und Gesamtkonzept vorzutragen. Diesem Vorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird ohne Empfehlung auf die Sitzung des Rates am 20.02.2019 verschoben.

**TOP 4 Antrag der Stadtratsfraktion Bürgerliste vom 27.11.2018 zum Thema "Verkehrssituation im Bereich der Herzog-Wilhelm-Straße"
Vorlage: 1439/2018**

Der als Anlage zu dieser Beratungsvorlage beigefügte Tagesordnungsantrag bezieht sich auf den Streckenabschnitt ab der Kreuzung „Am Mausberg“ stadteinwärts. In der Antragserläuterung werden Konflikte zwischen dem fließenden und dem ruhenden Fahrzeugverkehr beschrieben. Dazu wurde der vorgelegte Sachstandsbericht der Verwaltung erbeten.

Sachkundiger Bürger Ronneberger trug vor, dass wegen der hohen Verkehrsbelastung und der Parksituation auf der Herzog Wilhelm Straße, insbesondere an der Einfahrt zum Franziskusheim, eine Überplanung stattfinden solle. Durch unrechtmäßig geparkte Fahrzeuge werde die Situation zusätzlich verschärft.

Erster Beigeordneter Brunen erklärte, dass mit der Markierung von Parkplätzen und dem daraus resultierenden Parkverbotszonen die Ahndung widerrechtlich abgestellter Fahrzeuge einhergehe.

Stadtverordnete Slupik brachte ihre Verwunderung zum Ausdruck, warum dieser Antrag im Umwelt- und Bauausschuss eingebracht wurde. Ihrer Meinung nach sei dies Sache des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. Der Antrag sei grundsätzlich in Ordnung, man würde dies besser jedoch in der Stewi-Sitzung am Donnerstag ansprechen. Man befürchte, dass Einzelmaßnahmen kontraproduktiv seien und daher besser ein Gesamtkonzept erarbeitet werden solle.

Stadtverordneter Benden trug vor, dass er dies bereits vor einiger Zeit beantragt habe und dies abgelehnt worden sei. Er habe sich ja bereits für ein Gesamtkonzept ausgesprochen und würde dies unterstützen.

Ausschussvorsitzender Paulus trug vor, dass man bereits eine Reihe von Einzelmaßnahmen beschlossen habe, ohne auf ein Gesamtkonzept zu achten. Auch er sei für die Erstellung eines Generalverkehrsplanes und dessen Umsetzung.

Nach einer ausführlichen Diskussion trug der sachkundige Bürger Sontopski vor, dass der Antrag zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes unterstützt werden solle.

Stadtverordneter Gerads sprach sich dafür aus, dass man die Entscheidung im Gesamtkonzept treffen könne, doch solle man dies nicht auf die lange Bank schieben. Der Antrag sei gestellt worden, da dort Handlungsbedarf bestehe.

Ausschussvorsitzender Paulus sprach sich für die kurzfristige Erstellung eines professionellen Generalverkehrsplanes aus.

Sachkundige Bürgerin Rudzki unterstütze den vorgelegten Plan. Der Handlungsbedarf bestehe aktuell. Gerade im Bereich der Einfahrt zum Action käme es zu gefährlichen Situationen.

Erster Beigeordneter Brunen erklärte, dass nach einer Beauftragung durch den Rat der Konzeptumfang definiert und die Kosten zu ermitteln seien. Für den Stadtkern müsse man den ruhenden und den fließenden Verkehr betrachten. Anstelle der Einzelmaßnahme könne man die Maßnahme an der Herzog Wilhelm Straße mit in das Gesamtkonzept integrieren, um die Auswirkungen betrachten zu können.

Ausschussvorsitzender Paulus schlug vor, den Tagesordnungspunkt in die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung zu verschieben.

Stadtverordneten Benden sprach sich dafür aus, die Debatte zu beenden. Die Verwaltung möge das Tempo anzeigen, wann eine Vorlage im Ausschuss erneut erfolgen könne und stellte den Antrag zur Geschäftsordnung die Debatte zu beenden. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 5 Beratung und Entscheidung über das Einvernehmen einer Erweiterung der Abgrabung in Geilenkirchen-Beeck
Vorlage: 1449/2018**

Sachkundiger Bürger Benend hatte verschiedene Fragen zu der Vorlage. Er erkundigte sich, ob eine Kieswaschanlage in der Grube errichtet werden soll und mit welchen Lärmimmissionen dann zu rechnen sei und ob diese unmittelbar am Ortsrand geplant sei. Bei der Bilanzierung des verbleibenden Lehmantils von ca. 450.000 m³ und einer Fläche von 400.000 m² reiche dies nur für die Anfüllung von ca. einem Meter Deckung in der Grube. Mit welchem Material wird die Grube verfüllt um anschließend eine ordentliche Rückführung an die Landwirtschaft zu gewährleisten. Zudem sei die schmale Gemeindestraße zwischen Beeck und Prummern stark belastet. Der zusätzliche LKW Verkehr sei für die dreißig Jahre alte Straße problematisch. Besteht hier die Möglichkeit die bestehende Straße zu verbreitern oder eine separate Baustraße herzustellen.

Auch die Verschmutzung durch den LKW Verkehr müsse man beachten. Er spreche sich daher für die Errichtung einer Reifenwaschung an der Geländeausfahrt aus. Zudem habe sich ein Teil der Beecker Einwohner gegen die Abgrabung ausgesprochen.

Ausschussvorsitzender Paulus teilte mit, dass die Verwaltung die vorgetragenen Bedenken noch in die Stellungnahme an die Genehmigungsbehörde Kreis Heinsberg einfließen lassen könne.

Stadtverordneter Benden meldete ernsthafte Bedenken gegen die geplante Anlage an. Die Anlage führe zu einem überdimensionalen Flächenverbrauch. Die Landwirtschaftskammern versuchen Flächen für die Landwirtschaft zu erhalten. Hier gingen Flächen für ca. 20 bis zu 35 Jahre für die Ernährung der Bevölkerung verloren. Ferner gehe durch die Auskiesung der Flächen mit anschließendem erneuten Aufbau Bodenqualität verloren. In den vorliegenden Unterlagen seien keine Hinweise auf Rückstellungen vorhanden. Bei der Geschäftsform der GmbH müsse man in Betracht ziehen, dass zur Renaturierung keine Liquidität mehr vorhanden sein könnte. Er werde daher keine Zustimmung erteilen.

Stadtverordneter Gerads meldete seine Bedenken bezüglich der enormen Verkehrsbelastung durch LKW für die angrenzenden Ortschaften an.

Sachkundiger Bürger Benend erklärte, dass eine einhundert prozentige Rekultivierung der Flächen nicht zu erreichen sei. Es würden mehrere Millionen Kubikmeter Erdreich in die Anlage rein- und rausgefahren und dies über eine schmale Zufahrtsstraße.

Stadtverordneter Conrads bemängelte, dass man die Gesellschaftsform nicht automatisch als problematisch einstufen dürfe. Die hier gestellten Forderungen kämen einer Enteignung gleich.

Stadtverordneter Volles sprach sich ebenfalls dafür aus, Rückstellungen in die Regelung aufzunehmen. Es ginge hier um Profit von einzelnen zu Lasten von vielen.

Ausschussvorsitzender Paulus gab an, dass nicht nur der Anlagenbetreiber Nutznießer sei, sondern viele davon profitieren könnten.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss stellt das Einvernehmen nach § 36 BauGB her.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

TOP 6 Anfragen

Stadtverordneter Benden bemängelte, dass der Bürgermeister eine Unterrichtung der Fraktion vergessen habe. Vor den Baumfällarbeiten in Immendorf sollte ein Artenschutzgutachten erstellt werden und die Baumfällung durch einen Biologen begleitet werden. Diese Unterrichtung hierüber sei unterblieben und die Bäume sind inzwischen gefällt worden. Sofern erforderlich sollte für die Tiere ein Ausgleichsangebot erfolgen. Er bitte um Mitteilung wer die biologische Begleitung wahrgenommen habe.

Bürgermeister Schmitz sagte eine Mitteilung nach Prüfung der Sachlage zu.

Sachkundiger Bürger Ronneberger erkundigte sich nach dem von der Bezirksregierung kommunizierten Fassadenprogramm. Diese Ankündigung habe für Unruhe in der Fliegerhorstsiedlung geführt.

Herr Savoir antwortete, dass das Städtebauprogramm ein Fassadenprogramm enthalten werde. Hiermit seien keine verbindlichen Gestaltungen der Fassaden verbunden. Dieses Programm müsse formuliert und vorgestellt werden.

Sachkundiger Bürger Ronneberger erkundigte sich außerdem nach dem weiteren Umgang mit dem Biotop am Tripser Wäldchen, da ja das Verfahren eingestellt worden sei.

Herr Savoir erwiderte, dass zur Abwasseranlage am Tripser Wäldchen die Stellungnahme eines Gutachters erwartet werde.

Erster Beigeordneter Brunen ergänzte, dass dieses Gutachten die Themen Bauplanungsrecht, Wasserwirtschaft und Umwelt behandeln werde, um anschließend einen abgestimmten Vorschlag unterbreiten zu können.

Stadtverordneter Marko Banzet erkundigte sich nach der Genehmigung für die auf dem Marktplatz befindliche Tihange-Säule. Im Rat sei seinerzeit beschlossen worden die Säule nicht auf öffentlichen Flächen aufzustellen.

Bürgermeister Schmitz räumte ein die Genehmigung erteilt zu haben.

Stadtverordneter Gerads erklärte, dass es Sache der Verwaltung sei über die Nutzung öffentlicher Flächen zu entscheiden. Darüber müsse kein Beschluss gefasst werden.

Bei der Säule handele es sich offiziell um eine Sondernutzung öffentlichen Raumes. Erster Beigeordneter Brunen gab zu bedenken, dass bei einem gegenteiligen Beschluss man die gesamte Praxis der Sondernutzung ändern müsse.

Sitzung endet um: 20:20

Vorsitzender

Hans-Josef Paulus

Schriftführer/in:

Manfred Houben